

WOHIN MIT DEN WILD KAMPIERENDEN NOTREISENDEN?

Zur kleinen Vertreibung zwischendurch → instant law & order

Heinz Schoibl

Helix – Forschung und Beratung

März 2015

Ganz pragmatisch denke ich mir zur Frage der Notreisenden, die in Ermangelung von Angeboten der Notversorgung unter Brücken / in Parks / im Hotel Abbruch (wild) kampieren, dass hier keinesfalls die Kampierverordnung der Stadt Salzburg zur Anwendung kommen darf und dass Vertreibung total unsinnig ist. Schutz vor Unbill und Gefahr (z.B. durch Hochwasser) ja! Aber doch nicht in Form einer Vertreibung ohne Ziel, Herz oder Verstand. Damit kommt es bestenfalls zu einer Verlagerung des Problems an einen anderen mehr / minder öffentlichen Ort, an dem innerhalb kürzester Zeit wieder eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ festgestellt werden kann, erneut Klagen der AnrainerInnen auftreten und auf's Neue der Ruf nach – ja, wonach wohl? ach ja! – Vertreibung ertönt, dem die Stadt im Auftrag zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nachkommen muss.

Vor dem Hintergrund der x-fachen Vertreibungserfahrung (werden diese Vertreibungs- und Aussperraktivitäten der städtischen Bediensteten eigentlich in irgendeiner Form dokumentiert?) sollten wir wohl einmal so weit sein und uns eingehendere Gedanken über die zugrundeliegende Sachlage sowie über problemadäquate Strategien und Handlungsoptionen machen.

Zur Ausgangslage

Es gibt in Salzburg nach wie vor keine bedarfsdeckenden Vorsorgen für die Basisversorgung der anwesenden Notreisenden. Ca. 50 Schlafplätze sind schlicht zu wenig für durchschnittlich 150 temporär Anwesende. An der daraus resultierenden Notlage von etwa 100 Notreisenden, die regelmäßig keinen Platz finden, ändert die 14Tage-Regel in der Arche Nord / Süd leider auch nichts, auch wenn damit zumindest wechselweise für mehr Notreisende ein kurzzeitiger Unterschlupf möglich ist. Das ist bestenfalls eine Notlösung, die sich als Beitrag zu mehr Fairness versteht, kann aber tatsächlich nicht als Lösung betrachtet werden → aus einem einfachen Grund:

Die Notreisenden können es sich schlicht nicht leisten, bereits nach zwei Wochen – noch dazu ohne auch nur halbwegs reguläre Verdienstmöglichkeiten während dieser Zeit – wieder zurück in die Herkunftsregionen zu fahren. Bis dahin haben sie ja bestenfalls die Fahrtkosten (ca. 150 € pro Person) zusammengekratzt oder erbettelt! So oder so bleibt den meisten Notreisenden nichts anderes übrig, als über einen längeren Zeitraum in Salzburg zu bleiben, zumal sich ihre Notreise sonst schlichtweg weder für sie selbst noch für ihre Angehörigen in der Herkunftsregion rechnet. Ungeachtet der Beeinträchtigungen und Gefährdungen, denen sie durch Kälte, Nässe, Frost und Unwirtlichkeit ausgesetzt sind, wird die Dauer ihres Aufenthalts in Salzburg somit in keinem Verhältnis dazu stehen, wie lange sie auf Not- und Basisversorgung zählen und diese nützen können. Für die Notreisenden aus Süd-Ost-Europa steht nur ein Motiv im Vordergrund: Sie sind hier, um finanzielle Mittel zu lukrieren → für ihr Überleben sowie für das Überleben ihrer Angehörigen. Um es sich also leisten zu können, wieder nach Hause zu fahren, sind sie darauf angewiesen, solange in Salzburg zu bleiben und diese belastende Situation zu ertragen, bis genug (für alle Beteiligten) zusammen gekommen ist, um wieder eine Weile in der Herkunftsregion leben zu können.

Zwangsweise werden sie sich nach der Zeit, in der sie im Notquartier unterschlüpfen und Basisversorgung nützen konnten, einen Unterschlupf suchen → unter Brücken, im Hotel Abbruch, im Gebüsch und unter Bäumen → mit den bekannten Folgen:

Sie stören die öffentliche Ordnung, sie verdrecken das Umfeld, sie verschrecken (nicht nur) Minderjährige, die auf ihrem Schulweg an diesen "Horden" vorbei müssen, und provozieren damit (ob sie dies wollen oder nicht) den Unmut bis Zorn von AnrainerInnen.

- Bis sie eben vertrieben werden
- bis sie erneut mit Gittern ferngehalten werden
- und ganz einfach eben wieder woanders unterschlüpfen.

Strategischer Rahmen / Option I:

"Muddling through!" (oder: the same procedure than every month)

Aktuell wird in Salzburg aus der Not des Nicht-Besser-Wissens heraus jeweils gewartet, bis es zu AnrainerInnen-Protesten kommt. Nach einer Phase des Nicht-Hinschauens und der Nicht-Intervention folgt nun eine systematische Vertreibung, die letztlich ins (N)Irgendwohin führen muss, zumal ja nur weggeräumt und verschickt wird, ohne jedoch einen alternativen Unterschlupf und/oder eine Auffangstruktur bereitzustellen.

Und die Notreisenden werden in der Folge zwangsläufig (weil sie gar nicht anders können!) woanders ihren Unterschlupf aufschlagen. Bestenfalls etwas zeitversetzt, beginnt damit alles wieder von vorn. mit den bekannten Folgen:

Sie „stören“ die öffentliche Ordnung! Sie „verdrecken“ das Umfeld! Sie „verschrecken“ (nicht nur) Minderjährige, die auf ihrem Schulweg an diesen "Horden" vorbei müssen! Sie „provokieren“ mit ihrer Anwesenheit und der sichtbaren Armut (ob sie dies wollen oder nicht) den Unmut bis Zorn von AnrainerInnen (vgl. dazu die „beeindruckenden“ bis offen rassistischen LeserInnenbriefe in der Kronenzeitung vom 17.3.2015).

Frage an Salzburg:

Ist das nicht unbefriedigend und belastend? Geht das nicht zulasten aller Beteiligten? Fällt Salzburg nichts Besseres ein als dieses unwürdige „Ringelreia“?

Option II: "Modell Favela"

Naheliegende aber m.E. äußerst gefährliche Option, wie z.B. zuletzt in Salzburg-Süd modellhaft vorgestellt: Wir lassen zu, dass sich die Notreisenden irgendwo am Stadtrand eine illegale Siedlung aus Baracken, Zelten, Kartons etc. zusammenbasteln; schauen zu, wie ein Slum / eine Favela am Stadtrand entsteht und warten, bis es wuchert – mit oder ohne Mobil-Toilette ist das letztlich eine Kopie davon, was in den vergangenen Jahrzehnten in Brasov, Arges oder anderen Bezirken Rumäniens, in vielen Städten Süd-Ost-Europas (vgl. etwa Stolipinowo / Bulgarien) passiert ist bzw. immer noch passiert. Diese Vorstellung ist nicht nur unvorstellbar sondern höchst unbefriedigend, weil sich unter diesen Vorzeichen Armut, Elend und Ausgrenzung nachhaltig verfestigen.

Option III: Aktiv begleitete und unterstützte Duldung von Selbstorganisation inkl. Infrastruktur"

Solange die Angebote der Basisversorgung nicht in Deckung mit dem tatsächlichen Bedarf (so viele wie da sind, so lange, wie sie da sein müssen, damit es sich rechnet) stehen oder gebracht werden können, sehe ich nur die Chance einer konzertierten Aktion und in einer prekäreren und zeitlich jeweils befristeten Duldung des Aufenthalts einer Gruppe von Notreisenden an Örtlichkeiten, die ihren Bedürfnissen nach Schutz vor der Witterung zumindest halbwegs entsprechen. Das kann z.B. im Kontext eines leerstehenden Gebäudes oder eines Verschlags sein, mit einer mobilen Hygieneeinheit (Toilette und Waschraum) sowie eventuell einem kleinen Kiosk mit Kochgelegenheit ausgestattet.

Ergänzend dazu benötigt diese Lösung eine Begleitung durch StreetworkerInnen, deren wesentliche Funktion darin liegt, zum einen Modelle und Strukturen der Selbstorganisation zu fördern und zu unterstützen und zum anderen eine konzertierte Gemeinwesenarbeit und die Unterstützung der AnrainerInnen im Wohnumfeld zu gewährleisten.

Im Interesse öffentlicher Ordnung und subjektiver Sicherheitsgefühle steht hier natürlich im Raum, dass AnrainerInnen eben nicht auf sich gestellt bleiben, dass sie keine Angst haben sollten, sondern dass ihnen – zumindest indirekt – auch ein konkreter Nutzen daraus entstehen kann und dass sie sich mit dieser etwas auffälligen Nachbarschaft wenn schon nicht anfreunden dann zumindest arrangieren können.